



WAS ALLEN GEHÖRT

Commons – Neue Perspektiven
in der Armutsbekämpfung



DIE ARMUTSKONFERENZ.

e-Book inside

Verena Fabris, Martin Schenk

Du bist nicht allein. Commons aus der Sicht von Menschen mit Armutserfahrungen

Die Plattform „Sichtbar Werden“ ist ein selbstorganisiertes Forum von Armutsbetroffenen, das sich im Rahmen der Armutskonferenz seit 2006 regelmäßig zu Austausch, politischer Arbeit und öffentlicher Aktion trifft. Traude Lehner von der Wiener Straßenzeitung Augustin, Franz Blaha, engagiert in der Sozialstelle Häferl, Axel Tigges von der Linzer Kupfermucken und Vera Hinterdorfer, unabhängige soziale Aktivistin, diskutieren über Commons, Partizipation und Demokratie von unten. Das Gespräch führten Verena Fabris und Martin Schenk.

Wie seid ihr zu „Sichtbar Werden“ gekommen?

Traude Lehner: Ich war und bin auch heute noch bei der Straßenzeitung Augustin, und der Augustin wurde von der Armutskonferenz eingeladen, einige Personen hinzuschicken. Somit bin ich seit dem ersten Mal „Sichtbar Werden“ dabei. Das war im April 2006 in Wien. Im gleichen Jahr waren wir dann in Linz. Jedes Jahr haben wir ein dreitägiges Treffen, zwei- bis dreimal vorher werden die Workshops besprochen und die Aktionen, die wir machen.

Axel Tigges: Bei mir war es so, dass ich jemanden von der Straßenzeitung Kupfermuckn kannte. Ich war und bin immer noch engagiert in einer sozialen Einrichtung, da haben wir uns kennengelernt im Vinzenzstüberl und uns angefreundet, weil wir einfach so ein bisschen auf derselben Wellenlänge sind, sagen wir mal, mehr mit Fülle zu leben, also mit der Freude, andere Leute zu erreichen, und mit Lebensfreude.

Vera Hinterdorfer: Ich wurde im Dezember 2011 gefragt, ob ich mich – ursprünglich als resozialisierte Haftentlassene und jetzt sozial aktive Person – einbringen würde, um diese Interessen zu vertreten, und bin mit diesem Gedanken zur Armutskonferenz gegangen. Jetzt bin ich aber einfach dabei und werde weiter dabei bleiben, weil ich mir denke, sudern kann ich gut, aber ich will mit meiner Energie etwas tun, um aktiv zu sein, um etwas zu verändern und nicht um zu jammern.

Franz Blaha: Ich bin in Kontakt gekommen mit dem sogenannten Häferl, das ist ein Sozialraum, der von Haftentlassenen und anderen Menschen, die aus prekären Situationen kommen, betrieben wird und der bis zu 200 Leute pro Mittagessen bewirte. Insofern ist es eine kleine Oase, die die Commons verwirklicht, weil jeder dorthin kommen kann, keinen Nachweis erbringen muss und sich dort auch eine Art Kommunikationsraum gebildet hat, wo einander vom Prekariat Betroffene ihre Lebensweisheiten, ihre Überlebensstrategien kommunizieren und Haftentlassene, aber auch andere aus dem sozialen Netz Gepurzelte, Starthilfe bekommen über einen sehr großen Flohmarkt.

Axel Tigges: Ich habe mich im Bereich Commons eigentlich immer engagiert. Zum Beispiel gibt es zusammen mit dem Ofenstüberl immer für Obdachlose ein Mittagessen, wo ein Wirt, einmal im Monat – schon über ein Jahr lang – zwölf Leute einlädt und kostenlos bewirte. Und jetzt melden sich auch schon andere, die sich daran beteiligen wollen, das Essen zu finanzieren, sodass immer mehr Obdachlose wirklich auf Augenhöhe kommen und das Gefühl haben, wir werden wirklich als Menschen anerkannt, wir müssen nicht nur in Sozialeinrichtungen, sondern wir können in ganz normale Gaststätten gehen und werden einfach gesehen.

Was ist das Besondere an solchen Angeboten – vielleicht auch im Gegensatz zu anderen Angeboten im Sozialbereich?

Axel Tigges: Es ist ja häufig der Fall, dass viele Obdachlose das Gefühl haben, dass sie nicht wirklich gesellschaftsfähig sind. Deswegen habe ich mich auch für den Kulturpass eingesetzt und versuche, Leute mit ins Theater zu nehmen. Wir gehen zum Beispiel auch schon mal mit der ganzen Kupfermuckn in ein Theaterstück. Also es kommen immer mehr, die in diesem Bereich arbeiten wollen, weil einfach die Zeiten schlechter werden, und dann merkt man, dass man füreinander verantwortlich ist. Das ist eine neue Ebene, auf der es darum geht, sich gegenseitig zu unterstützen statt nur zu jammern oder zu sudern.

Was hat sich für euch verändert seitdem ihr bei „Sichtbar Werden“ seid?

Traude Lehner: Nachdem ich selbst obdachlos wurde, wollte ich unbedingt etwas machen. Und das hat mir „Sichtbar Werden“ ermöglicht. Ich sitze seit April 2009 im Sozialministerium in verschiedenen Arbeitskreisen. Ich habe auch eine Vereinigung, die nennt sich „Mindestverunsicherung“ und ich berate und begleite Armutsbetroffene. Für mich hat sich das Leben sehr stark verändert. Heuer fahre ich zur europäischen Armutskonferenz, wo sich Armutsbetroffene aus allen 27 Staaten und Norwegen einmal im Jahr treffen.

Hast du den Eindruck, dass das was bewirkt? Diese Form der Treffen oder diese Einbindung ins Ministerium?

Traude Lehner: Seitens des Ministeriums habe ich die Erfahrung gemacht, dass ich ein Mitspracherecht habe und auch Kleinigkeiten bewirken kann als Betroffene.

Hast du da ein Beispiel?

Traude Lehner: Zum Beispiel hat die Statistik Austria heuer im Frühling einen Armutsbericht gemacht, nur für Privathaushalte. Der Herr von der Wohnungslosenhilfe und ich haben gleichzeitig einen Schrei losgelassen und gesagt: „Wo sind die Wohnungslosen? Man kann keinen Armutsbericht ohne Wohnungs-

lose machen!“ Gott sei Dank wurde es positiv aufgenommen im Sozialministerium und beim zweiten Treffen ist der Herr von der Statistik Austria schon zu mir gekommen und hat gesagt: „Ich habe schon begonnen damit und das meiste haben wir schon, aber ganz fertig bin ich noch nicht.“

Vera Hinterdorfer: Ich habe mich noch nie so viel mit Politik, Grundsätzen, Richtlinien, Versicherungsdingen, sonstigen System- und Regierungsfragen befasst. Ganz ehrlich gesagt habe ich das früher nicht getan, weil ich es als sinnlos empfunden habe und das Gefühl hatte, ich kann eh keinen Einfluss nehmen. Durch „Sichtbar Werden“ und die Armutskonferenz befasse ich mich damit, merke, dass sehr viel unter den Tisch gekehrt wird von öffentlichen Stellen. Gleichzeitig habe ich auch gelernt, wir haben tatsächlich Möglichkeiten mitzureden, aber wir müssen diese Möglichkeiten nicht nur in Anspruch nehmen, sondern wirklich auch einfordern. Die Gemeinschaft von „Sichtbar Werden“ und in der Armutskonferenz motiviert mich einfach, dafür zu kämpfen, dass wir unsere Meinungen einbringen können. Und da sehe ich sehr wohl Fortschritte. Nicht nur, dass immer mehr Institutionen – möglicherweise anfangs nur pro forma, aber doch – versuchen, partizipative Prozesse einzuführen. Mir fällt auch auf, dass immer mehr Privatpersonen und Einzelpersonen sich angesprochen fühlen und wirklich sagen: „Okay, was ich kann und welche Ressourcen ich auch immer habe, will ich einbringen, um etwas voranzutreiben.“

Franz Blaha: Also für mich waren eigentlich bis jetzt interessanterweise die Pausen zwischen Referaten und zwischen offiziellen Veranstaltungen am wichtigsten, denn da sind Kontakte geknüpft worden und Informationen ausgetauscht worden, die nicht vorgeplant waren und die man nicht erwartet hat. Ich habe zum Beispiel erfahren, wie hoch- oder niederschwellig die sozialen Einrichtungen in der Praxis sind.

Axel Tigges: Bei mir ist es so, dass ich einfach ein Betroffener bin. Ich habe nur eine kleine Mindestrente, deswegen bin ich auch in die Sozialeinrichtungen reingegangen und habe mich auch nicht gescheut reinzugehen. Und für mich war es total wichtig zum Beispiel immer mehr Kontakte zu kriegen, nicht nur unter den Armen, sondern auch mit anderen Stellen, und der Austausch be-

wirkt ganz viel. Wir haben mit der Kupfermuckn-Zeitung zum Beispiel ein Heft für Linz rausgegeben, damit die Armen wissen, wo sie essen können, wo sie Kleidung kriegen, wo sie Unterkunft kriegen, also wenn sie neu ankommen, dass sie damit die Möglichkeit haben, sich selbst zu helfen. Und das fand ich einfach schon sehr wichtig für mich, die Erfahrung da zu sammeln und dann einfach auch den Kontakt zu den Leuten zu intensivieren, damit sie Vertrauen aufbauen, dass man zusammen was machen kann. Commons ist einfach so etwas wie ein Schneeballsystem. Mir kommt es zumindest so vor, dass sich das ausweitet und immer mehr Leute davon eingenommen werden und sich dann begeistern, weil sie merken: ja ich fühle mich jetzt sicherer, also ich fühle mich nicht mehr so isoliert.

Commons basieren ja auf diesen vier Prinzipien: Gebrauchen, Zusammenarbeiten, Teilen und Beitragen – im Gegensatz zum Konsumieren, Konkurrenzieren, Befehlen und Kaufen. Wo habt ihr schon Erfahrungen gemacht, dass diese Prinzipien gegolten haben?

Axel Tigges: Für mich persönlich ist Commons, dass ich aus meiner Fülle heraus, die ich habe, handle. Bei Lebensfreude, da habe ich einfach einen Überschuss. Wenn ich jetzt zum Beispiel jemanden treffe, wo ich das Gefühl habe, der kann mit mir oder der braucht Hilfe, dann kann ich ihm das geben. Ich bin aber nicht beleidigt, wenn er das vielleicht nicht annehmen kann oder das missbraucht oder so, weil ich die Fülle habe. Also ich freue mich darüber, dass ich das mache. Ich erwarte nichts von ihm. Für mich ist Commons eigentlich, dass ich keine Erwartungen habe an den anderen, sondern ich tue das einfach, weil ich ihn schätze. Und das schlägt Wellen. Ich habe zum Beispiel jemanden, der ist ein totaler Computerfreak und der repariert mir meinen Computer kostenlos. Wenn ich ihm dann vielleicht zehn Euro oder so was geben wollte, ist er stinkbeleidigt – wo ich dann einfach merke, das ist für mich wirklich Freundschaft. Also für mich ist Commons einfach eine Art von Freundschaft.

Traude Lehner: Ich persönlich finde Commons im Sozialministerium, weil ich mich angenommen fühle, und ich bin mit allen dort auf Augenhöhe und werde nicht irgendwie als Armutsbetroffene behandelt, sondern wirklich auf gleicher Augenhöhe.

Commons heißt auch, sich selbst etwas anzueignen und es selbst zu gestalten, und da hast du ja einen Verein gegründet. Was passiert dort?

Traude Lehner: Also größtenteils bekomme ich Mails oder Anrufe oder Leute kommen zu mir, weil sie vor drei Monaten, vor sechs Monaten die Mindestsicherung eingereicht haben und noch nicht einmal eine Antwort bekommen haben. Und das wird immer schlimmer in Wien, leider Gottes. Wenn ich dann anrufe und sage „Verein“ – das ist ein Zauberwort in Österreich glaube ich –, bekommen sie binnen 14 Tagen das Geld. Speziell beim Augustin sind ja viele Menschen, die nicht einmal ausfüllen können. Dann fülle ich das vorher mit ihnen aus und gehe mit ihnen auf das Sozialamt, aufs Magistrat, wo sie die Wohnbeihilfe unter Umständen bekommen oder nicht. Und sie fühlen sich viel wohler und ich kann für sie sprechen, weil sie selbst das nicht können.

Weil ja zwei Leute von einer Straßenzeitung da sind: Sind das Commons-Projekte? Gibt es Mitbestimmung in Straßenzeitungen oder ist das geteilt, auf der einen Seite die Redaktion der Profis und auf der anderen die Redaktion der Betroffenen?

Franz Blaha: Der Augustin war ursprünglich ein Voll-Commons-Modell. Der ist gegründet worden als eine Diplomarbeit der Sozialakademie. Zwei Sozialarbeiterinnen haben diese Straßenzeitung, das heißt eigentlich den Trägerverein der Straßenzeitung, gegründet, der heißt immer noch Sand und Zeit. Die Straßenzeitung war das erste große sichtbare Projekt dieses Vereins. Und da war es so, dass die Zeitungsverkäufer selber im Vorstand des Vereins gesessen sind und dann ist die Vereinspolizei gekommen und hat gesagt, das ist verboten, aus irgendeinem Befangenheitsgrund. Ich weiß jetzt gar nicht, wie das wirklich argumentiert worden ist, aber der Augustin musste das dann trennen, er musste die Redaktion und die Vereinsleitung und den Verkauf personell auseinanderdividieren. Und das ist eben heute noch so. Ursprünglich war es wirklich ein Commons-Modell und es ist auch weitgehend jetzt noch eines, weil ja ein enger Kontakt da ist zwischen den Verkäuferinnen und Verkäufern.

Axel Tigges: Die Mitglieder der Redaktionsleitung, die recherchieren auch selber, machen viele Fotos und beziehen zum Beispiel die Zeitungsverkäufer sehr

stark ein, nicht nur mit Bildern – dass die auch gezeigt werden, dass sie, sagen wir, auch das Gefühl haben, wir werden anerkannt –, sondern auch mit Artikeln. Und ich würde sagen, die meisten bei uns in der Redaktion sind auch Zeitungsverkäufer. Bei uns ist mehr der Anspruch, einfach eine Familie zu sein, dass die Leute sich einfach gegenseitig fördern und stützen, und wir machen zusammen Ausflüge, wir fahren jetzt zum Beispiel wieder an den Attersee, also einfach im Grunde um ein Klima zu schaffen, wo mehr Kommunikation untereinander stattfindet.

Vera Hinterdorfer: Ich glaube, dass eigentlich von öffentlichen Organisationen oder auch vom Staat das Thema Commons gerade nicht einfach gemacht wird. Also mir ist bei der Armutskonferenz aufgefallen, wo wir uns so intensiv mit dem Thema befasst haben, dass ich lange dagesessen habe und mir gedacht habe: Okay, was für offizielle Commons gibt es eigentlich? Und dann bin ich darauf gekommen: Hm – nicht wirklich viele. Man kann jetzt nicht einmal mehr Wasser sagen, seitdem das Thema Privatisierung war, ist Wasser auch kein Commons mehr. Internet oder solche Sachen ebenso nicht. Es kostet was, nicht jeder hat das Geld dafür. Ich sehe die Gefahr in den Commons, dass man dabei die eigentlichen Verantwortlichen aus ihrer Pflicht nimmt. Wie zum Beispiel beim Sospeso-Bonus-Kaffee – da geht es darum, dass man einfach, weil man gerade Lust hat und charmant ist, sozusagen eine Runde schmeißt für einen Unbekannten, der sagt: „He, habt ihr einen Kaffee, den ich gerade haben kann, ohne etwas dafür zu zahlen?“ Und so toll das ist und so viele Menschen da jetzt auch mitmachen und von sich aus das tun wollen, finde ich es trotzdem schade, dass es denn überhaupt notwendig ist, dass Privatpersonen sich sammeln, um ihre Ressourcen, ob es jetzt Fähigkeiten sind oder die zwei Euro für einen Kaffee, zusammenzulegen, von denen wer anderer einen Nutzen hat. Also das sehe ich schon als Gefahr, dass dadurch eben die Pflicht und Verantwortung von den öffentlichen Stellen und der Regierung und allen diesen Institutionen plötzlich weg geht, weil die sich sagen, na ja, wir brauchen eh für nichts sorgen, die schauen sich ja eh selber darum. Und eigentlich sollte das, glaube ich, nicht die Verantwortung von uns Privatpersonen sein, gerade solche Themen zu verbessern.

Axel Tigges: Da möchte ich eine Gegenrede machen, ich sehe es ganz andersrum. Ich glaube einfach, dass die verantwortlichen Institutionen mittlerweile so

gefesselt sind und viele Dinge auch nicht können und dürfen, dass wir einfach die Verpflichtung haben, für uns selber zu sorgen, also auf Dauer. Und ich denke, dass wir das nicht den Organisationen, die da sind, überlassen können, weil sie nicht so entscheiden, wie wir das möchten und sie noch nicht einmal so entscheiden, wie sie das selber möchten. Da muss man einfach sehen, was wir tun können, damit wir uns selber helfen. Weil: Was passiert denn? Das Geld wird rausgezogen aus den Staaten, von den einzelnen Institutionen, aber da haben die Politiker überhaupt keinen Einfluss darauf, das machen die Banken. Das heißt, die müssen immer nur gucken, wie sie ihren Haushalt noch hinkriegen, wo sie einem was abzwacken können, damit sie nicht so sehr an Stimmen verlieren.

Vera Hinterdorfer: Aber wir sollten mehrere Chancen haben als nur diese.

Franz Blaha: Ich sehe die Notwendigkeit, die Kräfte zu bündeln und vor allem Commons, die schon existieren und die uns wieder weggenommen werden sollen, einfach zu behaupten. Ein Beispiel: Man wollte den Bacherplatz im 5. Wiener Gemeindebezirk modernisieren und eine Tiefgarage machen, den ganzen gemeinsamen Platz, der jetzt von vielen ethnischen Gruppen, von Altersgruppen aller Generationen für alle Aktivitäten als gemeinsamer Freizeitraum genutzt und auch gemeinsam gestaltet wird. Dann ist man draufgekommen, na hoppla, es ist ja doch kein Touristengebiet und da kann man der Bevölkerung nachgeben, der Unmut der Bevölkerung war in diesem Fall stärker und da wurde die gemeinschaftliche Nutzung also behauptet. Im selben Bezirk gibt es ein Commons, das ist der Kost-nix-Laden – einer der wenigen in Österreich –, wo die Bevölkerung sich selber einbringt, weil sie die Dinge, die sie nicht braucht, hinträgt und umgekehrt Leute, die sie brauchen, sie sich wieder holen. Das hat Schule gemacht, auch in den Wohnhäusern.

Im Häferl haben wir auch eine ideelle Commons-Einrichtung, das sind die sogenannten SchreibinterESSEN, wo du dich vorstellen darfst, indem du irgendetwas schreibst, wo du dich einfach einbringst. Und wenn du das nicht tust, dann bringst du einfach was zum Essen mit und dann gibt es ein gemeinsames Essen und gemeinsames Vorlesen. Dazu wird einer aus einer anderen, aus einer nicht betroffenen Gesellschaftsschicht, eingeladen und es werden Berührungängste abgebaut von beiden Seiten. Und ich habe gestaunt in den eineinhalb

Jahren, wie sehr die Leute ihr Selbstvertrauen gestärkt haben, wie sehr das denen geholfen hat, sich vor ganz Fremden einfach auch zu produzieren und zu sehen, dass sie angenommen werden, dass man ihnen zuhört und dass sie auch einander zuhören, und auch dieses miteinander essen, miteinander Dinge teilen, das gehört, denke ich, zu diesem Modell.

Traude Lehner: Und was beim Augustin noch Commons ist, ist für mich jeder F13. Jeder Freitag, der 13. ist ein Feiertag für uns. Da werden die öffentlichen Verkehrsmittel von uns besetzt, meistens macht die Theatergruppe kleine Aufführungen. Das ist unser Feiertag und da machen wir Aktionen, hinterher gibt es dann ein Fest. Jeder Verkäufer, der mitmachen will, kann mitmachen.

Vera Hinterdorfer: Viele Commons werden durchs Internet geschaffen. Es ist einfach so, jetzt nicht nur aufgrund der Informationsweitergabe, sondern auch im Austausch untereinander. Viele Demos sind ja auch übers Internet entstanden, nicht nur in Österreich, und breiten sich jetzt überall aus, das ist, finde ich, wirklich eine herrliche Möglichkeit, Commons zu schaffen. Der Nachteil ist wieder: Das Internet selbst empfinde ich nicht als Commons, weil es etwas kostet und es nicht jeder haben kann. Aber wenn man es einmal hat, schafft es Commons.

Wie kann Mitbestimmung ausschauen?

Vera Hinterdorfer: Da müsste es so etwas wie einen Kundenbeirat oder eine Anwaltschaft geben, bewusst nicht diese Ombudsstelle, die es bereits gibt, denn die ist ja AMS-intern und vom AMS finanziert. Und ich wage zu behaupten, dass, wenn ich mich intern beschwere, das nicht viel bringen wird. Es müsste wirklich einen unabhängigen Kundenbeirat geben, der aber auch in die Entscheidungen des AMS einbezogen ist, was beispielsweise Kurse betrifft, wie Richtlinien ausgestaltet sind.

Franz Blaha: In jeder Schule gibt es einen Klassensprecher, ein Schülerparlament, wo er mitreden darf – aber bei den AMS-Kunden gibt es keinen Kursprecher, der bei den Entscheidungen mitsprechen darf, es gibt kein AMS-Parlament sozusagen.

Ist es bei der Mindestsicherung ähnlich?

Traude Lehner: Da ist es das Gleiche. Ein Kundenbeirat wäre hier besonders wichtig, weil die Leute zwischen drei und sechs Monaten warten müssen. Scheint egal zu sein, ob die delogiert werden, Geld haben oder nicht. Da sollte jemand von uns drinnen sein.

Axel Tigges: Diese Belohnungs- und Bestrafungssysteme vom AMS oder auch in der Schule sind ja höchst fragwürdig. Die Gehirnforschung sagt uns, dass Motivation nicht durch Belohnung/Bestrafung kommt, sondern durch Begeisterung. Wir lernen durch Begeisterung und Bedeutsamkeit. AMS und Schule verhindern so, dass Menschen ihre Potenziale entwickeln.

Vera Hinterdorfer: Der wichtigste Gedanke ist, egal ob AMS, Ministerien, Ämter, dass ihnen endlich klar wird, dass die Spezialisten für ein Thema immer die sind, die davon betroffen sind und damit leben. Da sind ja Erfahrungen und Ressourcen, die zu nutzen sind, die sie gar nicht haben können, auch wenn sie sich den ganzen Tag mit Armut befassen. Auch um zu zeigen: Du bist nicht alleine, du musst dich nicht dafür schämen, dass du von Armut betroffen bist.

Franz Blaha: Bei Energieträgern wäre Mitbestimmung wichtig.

Da geht's um Stromabschaltungen und dergleichen?

Franz Blaha: Ja, oder, dass auch bei der Wohnungsvergabe ein Betroffener mitreden kann. Es passieren ja Dinge auch einfach aus Informationsdefizit und es wäre wichtig, dass jemand diese Informationen einfordert. Dass Klartext gesprochen wird, in den Sprachen der Betroffenen Information verbreitet wird. Dass der Betroffene weiß, wenn er seinen Mietrückstand zurückgezahlt hat, ist er trotzdem noch gekündigt, weil er noch eine Extra-Strafe hinlegen muss. Wichtig, dass wer mitredet, weil das Informationsdefizit auch auf der Verwaltungsseite besteht. Ich weiß nicht, wie viele Leute bei Wiener Wohnen den Quadratmeterpreis in einer Notunterkunft kennen, der ist geschmalzen. Man zahlt für sechs Quadratmeter je 65 Euro.

Drei weitere Bereiche, die genannt werden, wenn es um Beschämung und Ausgrenzung geht: Gesundheitssystem, Medien und Justiz.

Traude Lehner: Wir haben zum Beispiel beim Augustin einen Rechtsberater, der gratis ist. Der arbeitet auch mit einem Rechtsanwalt zusammen.

Vera Hinterdorfer: Gerade was Medien und Justiz betrifft muss diese Stigmatisierung aufhören, dass die einkommensschwachen Menschen immer die armen Hascherl sind oder die Faulen, die an allem selber schuld sind. Oder in der Justiz: Die Lage von Armutsbetroffenen wird auch oft ausgenützt, von Inkassobüros, dass wer geringfügig wo aushilft und dann das Geld monatelang nicht bekommt, weil der Arbeitgeber eh weiß, dass der ihn nicht verklagen kann. Im Gesundheitssystem erlebe ich das selber, meine Erkrankung ist so selten, dass ich jedes Mal wieder wegen ein und derselben Sache streiten muss, um Hilfsmittel, Rollstuhl, Untersuchungen.

Franz Blaha: Rechtsberatung wird derzeit nur von hochbezahlten Juristen geleistet, was gar nicht notwendig wäre. Der Zugang zum Recht ist viel zu wenig breit. Wissen über Rechte auf Ämtern, das kann jeder machen, der sich auf das Thema eingelassen hat. Gerade mit dem Infodefizit passieren viele Unrechtsfälle. Die wenigsten wissen Bescheid, dass ein Einschreibebrief vom Gericht an den Betroffenen als zugestellt gilt, auch wenn das nur ein leeres Kuvert ist, umgekehrt gilt der Einschreibebrief an das Gericht überhaupt nicht als Nachweis. E-Mail und Einschreibebrief sind sinnlos, schick ein Fax – und zwar von der Post weg. Das ist der einzige rechtliche Nachweis, den du hast. Auf die praktischen Fallen im Zugang zu Recht muss man hinweisen. Und da genügen gut informierte Laien, die dieses Wissen multiplizieren könnten. Und die Justiz wäre dafür zuständig, so eine Mitsprache zu schaffen. Vielleicht auch durch Ehrenamtliche, die eine kleine Zuwendung bekommen und unfallversichert sind.

Axel Tigges: Im Gesundheitsbereich: Psychotherapie ist nicht bezahlbar. Dafür bekommen einkommensschwache Menschen dann umso mehr Psychopharmaka. Da braucht es ein Umdenken, dass Therapie auch Armutsbetroffenen offen steht.

Vera Hinterdorfer: Und wenn es Angebote gibt, dann mit langen Wartezeiten bis zu einem Jahr. Wenn ich Hilfe jetzt brauche, dann nützt mir das nichts. Aber all das brauchen wir uns nicht gefallen zu lassen. Man darf nicht dafür bestraft werden, dass man einkommensschwach ist. Und wir dürfen nicht aufgeben und uns unterbuttern lassen.